

Prof. Dr. CLAUS TIEDEMANN, UNIVERSITÄT HAMBURG

Hamburg, den 22. 05. 2020

[<tiedemann@uni-hamburg.de>](mailto:tiedemann@uni-hamburg.de)[<www.claustiedemann.de/>](http://www.claustiedemann.de/)[<www.sport-geschichte.de/>](http://www.sport-geschichte.de/)[<www.kulturwiss.info/>](http://www.kulturwiss.info/)

Sport und Werbung

Rede als Delegierter des Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverbands (ADH) bei der
Hauptausschuss-Sitzung des Deutschen Sportbunds (DSB) am 30. Nov. 1974
im Römer in Frankfurt a. M.

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

der Allgemeine Deutsche Hochschulsportverband ist ein Verband, der vom Problem Sport und Werbung bisher noch kaum betroffen ist. Dennoch hat er sich im Interesse der allgemeinen Klärung dieses Problems und der Verwirklichung der allgemeinen Ziele des DSB auch mit diesem Problem beschäftigt.

Die bisher vorgetragenen Stellungnahmen lassen sich idealtypisch in zwei Gruppen teilen: die idealistische und die materialistische Gruppe. Der ADH hält die idealistische Position für gut gemeint, aber im Ansatz falsch. Die augenblickliche wirtschaftliche Konjunktur straft sie Lügen: Große Spendenbeträge sind in letzter Zeit nicht eingegangen oder zu erwarten.

Organisiertes Sporttreiben aber muss finanziert werden: Zum Sporttreiben braucht die Bevölkerung Sportanlagen, -geräte, -lehrer und Trainer; das alles muss bezahlt werden. Moralische Appelle helfen da nichts. Aber auch die von Herrn Neuberger vorgetragene Perspektive kann unseres Erachtens nicht akzeptiert werden, da sie einen Ausverkauf des organisierten Sports an „die Wirtschaft“ bedeutet.

Der ADH will daher mit seiner Stellungnahme eine konkrete -alternative aufzeigen, die nicht auf Symptomkuriererei hinausläuft: Amateur- und Breitensport müssen durch die öffentlichen Hände finanziert werden. Das erfordert eine Neuverteilung der Steuererträge.

Das Problem Sport und Werbung bedroht immer deutlicher die Einheit, ja die Existenz des Sports. Noch auf dem außerordentlichen Bundestag am 9. Februar 1974 in Frankfurt wurde vom ehemaligen Präsidenten Kregel der ADH des Aufrufs „zur Spaltung des DSB“ bezichtigt.

Nun, seither ist es um den ADH etwas stiller geworden. Zum einen, weil wohl etliche Verbände und Einzelpersonlichkeiten die Berechtigung unserer Argumente erkannt haben, zum anderen, weil in den letzten Monaten immer deutlicher

die wahren Spalter des Sports in das Rampenlicht der Sportöffentlichkeit treten: jene scheinbar um den Sport so bemühten Wirtschaftskonzerne, die mit dem Berufssport eine unheilige Allianz schon seit Jahren eingehen und sich in letzter Zeit immer tiefer in die bisher als tabu geltenden Bereiche des Amateursportes hinwerfen.

Wo hier überhaupt noch die Grenzen liegen, sowohl von der Qualität als auch der Quantität, aber auch von der Differenzierung zwischen Amateur- und Berufssport, mag den Scholastikern überlassen bleiben. Ich sehe sie schon lange nicht mehr. Vielmehr ist zu befürchten, dass die Grenze bewusst gar nicht benannt wird, offen gelassen wird, um Kompromisse, die wohl hier verabschiedet werden, später unterwandern zu können, die Grenze immer weiter hinauszuschieben.

Man nehme nur die geschickte Differenzierung zwischen Firmen- und Produktwerbung, zwischen stationärer und beweglicher Werbung oder die Verpflichtung der Fachverbände, die Firmen- und Produktbezeichnungen „entsprechend ihren satzungsmäßigen Möglichkeiten“ zu regeln; und man beachte die Formulierung „zum wesentlichen Zwecke der Werbung“! Hier deuten sich doch Ermessensspielräume an, die beliebig interpretierbar sein werden.

Oder wo hört denn der Berufssport auf, etwa in der Regionalliga im Fußball? Im Basketball verdienen die Amateure in der Bundesliga manchmal bereits mehr, als die bankrotte Regionalliga zahlen könnte. Was ist mit den Fällen, wo eine ganze Mannschaft mit der Schnapsflasche in der Hand „einläuft“, der Apfelsinewagen in der Pause auf das Spielfeld rollt - so geschehen vor einigen Jahren beim Herren-Endspiel im Basketball in Gießen? Ich bin gespannt, was sich hier ändern wird.

Wenn Präsident Weyer von den Gefahren eines „Zweiklassensystems“ (...), „das eines baldigen Tages unweigerlich auf die Spaltung des 1950 mühsam zusammengeführten Sports in unserem Lande hinausläuft“, vom „kommerziellen Geist“ als „Spaltpilz“ spricht, die Herren Daume und Neckermann ähnliche Gefahren sehen, so gehe ich hinsichtlich dieser Aussagen durchaus konform mit DSB, DSH und NOK. Ich stehe hier in diesen angesprochenen Punkten eindeutig hinter dem begrüßenswerten Versuch der Sportführung, die Einheit des Sports zu bewahren, die ökonomischen Einflüsse, wenn schon nicht eindeutig zu bekämpfen, so ihnen doch immerhin klare Grenzen zu setzen. Auch wenn ich se-

hen muss, dass die ursprünglichen Positionen, wie sie im Thesenpapier für die Tagung „Sport und Werbung“ formuliert wurden, zugunsten mehrdeutiger Kompromisse - wie oben aufgezeigt - aufgegeben werden.

Hier kann man nur die Verbandsvertreter, die Parteien und fortschrittlichen Organisationen draußen heute und nach Verabschiedung der Resolution, wie auch immer sie aussehen mag, bitten mitzuhelfen, die Grenzen eindeutig zu definieren und später zu interpretieren.

Ich weiß aber auch, dass, wenn wir die Dämme gegen die hereinbrechenden Fluten stützen wollen, wir uns verstärkt um eine adäquate Finanzierung kümmern müssen. Und hier meine ich, wohl im Unterschied zu Herrn Weyer, dass dies maßgeblich, wenn nicht sogar gänzlich von den öffentlichen Händen geleistet werden muss. Es gilt nicht, die Glücksspirale den Wohlfahrtsverbänden streitig zu machen, sondern die Kommunen instand zu setzen, diejenigen Aufgaben zu leisten, die im Sport nun einmal hauptsächlich auf ihnen lasten: die Förderung der Vereine und des Breiten- und Massensports.

Es ist bekannt, dass die Kommunen schon längst die ihnen gesetzten Aufgaben im gesamten Sozialbereich nicht mehr erfüllen können. Das Gesamtsteueraufkommen verschiebt sich anteilmäßig immer weiter zu Ungunsten der Kommunen bei gleichzeitig wachsenden auf sie zukommenden Belastungen.

Solange die Kommunen nicht durch eine Steuerneuverteilung in die Lage versetzt werden, ihren Anteil zu tragen, solange nicht gesamtgesellschaftliche Steuer- und Haushaltstabus angetastet werden, muss der Bund vom Sportbund gezwungen werden, sich stärker zu engagieren - und nicht, wie Herr Weyer meint, „insbesondere im Leistungssport“. Die unablässige Verschlechterung der Lebensqualität durch Umweltverschmutzung, Rationalisierungsprozesse im Arbeitsbereich, die Verstädterung und Einengung des Bewegungsraumes in sämtlichen Lebensbereichen zwingt uns, endlich von den heiligen Kühen Abschied zu nehmen, als müsse es hauptsächlich um den Spitzensport und seine Erfordernisse gehen.

Die gesundheitlichen Anforderungen der gesamten Bevölkerung stehe zuerst zur Debatte, und da müssen nach den dringendsten Bedürfnissen die Prioritäten gesetzt werden. Wenn wir also den Staat als vorrangig Zahlungspflichtigen ansprechen und nicht auf Wohlfahrtslotterien hoffen, die oft nur für Olympia- und Spitzensportkanäle spenden, so heißt das nicht, für die Eigenverantwortlichkeit

des Sports nicht weiterhin einzutreten.

Ja, es gilt, den Sport durch Hinzuziehung von Gewerkschaften, Jugendverbänden dem Demokratisierungsprozess zu öffnen, ihm durch partnerschaftliche Abstimmung mit diesen fortschrittlichen Organisationen auch gegenüber dem Staat den Rücken zu stärken, damit wir unsere Forderungen durchsetzen können. Das heißt aber auch, die zigtausend Vereine nicht durch Großvereinsgebilde auf kommerzieller Basis nicht durch Zentralisierungsprozesse in Verbänden und zwischen DSB, NOK und DSH einzuschränken. Unsere Forderung kann daher nur sein:

1. Die Realisierung aller noch ausstehenden Bauten (Spiel- und Sportstätten) aus dem „Goldenen Plan“ durch Bund und Länder. Eine Neufassung des Planes mit dem Ziel, den Erfordernissen des breit gefächerten Sports gerecht zu werden.
2. Die Bereitstellung von Mitteln für den Bau, die Erhaltung und Pflege aller Sportanlagen - auch der vereinseigenen, ohne die Verpflichtung einer finanziellen Beteiligung der Amateurvereine.
3. Die Befreiung der Amateurvereine von jeglicher Steuerzahlung.
4. Die Befreiung der Amateurvereine von Pachtung und Mietzahlungen für die Nutzung von Sportanlagen.

Hier in den Kommunen hat die Sportförderung maßgeblich einzusetzen mit verstärkter finanzieller Beteiligung (wie es ähnlich im Hochschulbereich zwischen Bund und Ländern bereits praktiziert wird), und nicht primär beim Etat des DSB bzw. seiner Fachverbände, in dem Glauben, dort könne der Sport genesen.

(In der Schlussabstimmung wurden die Leitlinien mit 313 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen (Landessportbund Saarland, Deutscher Fußball-Bund, Allgemeiner Deutscher Hochschulsportverband) angenommen.)